

## KOMMENTAR

### Wir machen's gerecht!

✍ SUSANNE HENNIG-WELLSOW

Das kostenfreie Kita-Jahr entlastet seit dem 1. Januar 2018 Familien mit kleinen Kindern durchschnittlich um 1.400 Euro pro Jahr. Mehrere Hundert neue Lehrerinnen und Lehrer verbessern den Unterricht an den Schulen und vermindern Stundenausfall. Blinde und Gehörlose werden endlich besser unterstützt. Etwa 1.000 Langzeitarbeitslose wurden durch öffentliche Beschäftigung aus der Arbeitslosigkeit geholt. Wir haben den Stellenabbau bei der Polizei gestoppt, modernisieren Technik und Ausrüstung der Beamten und sorgen so für mehr Sicherheit. Wir setzen die Bekämpfung von Rassismus fort und unsere Städte und Dörfer bekommen vom Land mehr Geld als je zuvor, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. Das sind nur einige Beispiele, was Rot-Rot-Grün unter Bodo Ramelow bisher erreicht hat. Mit dem Landeshaushalt 2018/19 werden wir noch einmal massiv in gute Arbeit und gute Bildung, bessere Schulen, Kitas und Hochschulen, öffentliche Infrastruktur und Kommunen investieren. Und wir werden weiter Schulden abbauen, die von der CDU hinterlassen wurden. Wir machen's gerecht – das ist unser Antrieb. DIE LINKE streitet dafür, dass Thüringen sozialer, ökologischer und demokratischer wird.

# Ein Meilenstein für Gerechtigkeit

## Investitionen in Arbeit, Bildung, Kultur und sozialen Zusammenhalt

**Bis in die späten Abendstunden dauerte die Landtagssitzung. Am 25. Januar beschlossen DIE LINKE, SPD und Grüne den Thüringer Landeshaushalt für 2018 und 2019.**

Es wird massiv investiert: In die Menschen, in die Bildung, den sozialen Zusammenhalt, die Kultur und in öffentliche Infrastruktur.

Durch das gebührenfreie Kita-Jahr werden Familien um durchschnittlich 1.400 Euro pro Jahr entlastet. Zugleich wird die Qualität der Betreuung in Kitas verbessert. Beschlossen wurden auch Investitionen von 1,7 Milliarden Euro in Schulen und Sportanlagen, Theater und Orchester, Schienen und Straßen. Durch die zusätzliche Einstellung von mehreren hundert Lehrerinnen und Lehrern und die Erhöhung der Ausbildungszahlen für Polizistinnen und Polizisten sorgen wir für spürbare Verbesserungen in der Bildung und der Sicherheit.

Rot-Rot-Grün hat zudem das Blindengeld erhöht und wird ein Gehörlosengeld einführen – 1.900 Menschen bekommen so einen Nachteilsausgleich. Auch die Kommunen stehen besser da.

Ein großes Investitionspaket mit 200 Millionen Euro für Städte und Gemeinden wird vor Ort richtig helfen! Die Landesregierung führt auch die Programme für mehr Arbeit fort. So werden unter anderem Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderungen gefördert. Mehr Geld für Theater und Orchester sichert außerdem Kulturangebote.

Erstmals dreht sich in Thüringen die Schulden-Uhr rückwärts: Wir bauen mit Augenmaß die Schulden ab, die den Menschen von den CDU-Regierungen hinterlassen wurden.

Der Haushalt 2018/19 ist ein Meilenstein für Gerechtigkeit, Bildung, Kultur und öffentliche Infrastruktur.

*Wir machen's gerecht! ■*



FOTO: © NICHIZHEVA ELENA

## Transparenz statt Lobbyismus

### #r2g geht gegen Lobbyismus und Korruption vor und sorgt für mehr Transparenz

**Mit zwei neuen Gesetzen wollen DIE LINKE, SPD und Grüne gegen Lobbyismus in der Politik vorgehen und für mehr Transparenz sorgen.**

Im Dezember 2017 haben die drei Regierungsfractionen im Thüringer Landtag einen Gesetzentwurf für ein Beteiligungstransparenzregister vorgelegt. Künftig sollen Interessierte in einer Datenbank des Parlaments nachlesen können, welche Organisationen und Personen mit welchen Mitteln versucht haben, auf neue Gesetze und parlamentarische Initiativen Einfluss zu nehmen.

Lobbykritische Organisationen nennen solche Offenlegung von Lobby-Aktivitäten »legislativen Fußabdruck«. So wird leichter durchschaubar, wenn Gesetze zugunsten bestimmter Interessengruppen wirken und anderen Gruppen schaden.

#### Transparenzregister

So ein Transparenzregister hat DIE LINKE schon in der letzten Wahlperiode vorgeschlagen.

Doch die CDU hatte das damals als »überflüssig« abgelehnt, obwohl in Thüringen immer wieder Korruption und Lobbyismus bekannt geworden waren.

Auch in der aktuellen Landtagsdebatte stemmten sich die Konservativen gegen das Vorhaben. Doch nun kann DIE LINKE als Teil der Landesregierung ihre Vorschläge umsetzen.

Der Gesetzentwurf wird nun vom Justizausschuss des Parlaments beraten und eine öffentliche Anhörung wird stattfinden.

Rot-Rot-Grün hat auch ein neues Ministergesetz ins Parlament eingebracht. Damit soll die Übernahme lukrativer »Lobby-Jobs« nach Ende eines Ministeramtes verhindert werden.

Solche Verquickungen von Politik, Wirtschaft und Privatinteressen scha-

den der Glaubwürdigkeit von Politik. Wir wollen dem einen Riegel vorschieben.

#### Schutz vor Lobbyismus

Die Landesregierung soll deswegen künftig das Recht haben, ehemaligen MinisterInnen problematische Lobby-Jobs für die Zeit von 18 Monaten nach dem Ausscheiden aus dem Amt zu verbieten. Das fordern auch lobbykritische Organisationen.

Für DIE LINKE ist das neue Gesetz ein wichtiger Schritt zum Schutz gegen Lobby-Einfluss. ■